

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XVIII/6

Bonn, den 9. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Politik und Planung</u> Neue Entwicklungen frühzeitig erkennen! Von Fritz Sänger, MGB	79
2	<u>Neue Kommandostruktur im NATO-Nordabschnitt</u> Übersichtliche Zuständigkeiten - Effektivere Verteidigungsfähigkeit	41
3	<u>Atempause in Bayern</u> Landespolitik ohne den CSU-Vorsitzenden?	49
4	<u>Schruschtschow auf dem SED-Parteitag</u> Rätselraten über die Beweggründe seines Besuches Von Eberhard Zachmann, Berlin	43
5 - 6	<u>Gorbachs saurer Wahlsieg</u> Gefahren für die Große Koalition Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	63

Chefredakteur Günter Markscheffel

Politik und Planung

Neue Entwicklungen frühzeitig erkennen!

Von Fritz Sänger, MdB

Die beilufige Bemerkung, die Konrad Adenauer an seinem 87. Geburtstag machte, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft werde ihren Blick in absehbarer Zeit auch nach dem Osten Europas richten müssen, hat Überraschung hervorgerufen. Das war nicht nötig. Wer von Europa spricht und wesentliche Teile des Kontinents, sei es der Norden, sei es der Osten, sei es der Südosten, dabei unbeachtet läst, muß sich dem Verdacht aussetzen, einem gewichtigen Wort einen zweifelhaften Sinn zu geben. Wer aber wirklich Europa meint, auch den Norden, den Osten und den Südosten, der kann und darf heute, wie die Tatsachen sind, nicht bisherigen Illusionen neue hinzufügen, nicht also alle die Gegebenheiten aussor acht lassen, die trennend zwischen Wirtschaftssystemen und politischen Wirklichkeiten stehen. Dennoch soll und kann er den Wunsch haben, Hindernisse zu überwinden. Denn Europa, wenn es einen politischen Sinn haben soll, ist mehr als ein kommerzieller Zweckverband oder eine Addition der politisch-wirtschaftlichen Interessen einiger Völker. Es ist heute noch immer eine Aufgabe, eine problemreiche, schwierige, aber für das Leben und die Wohlfahrt der europäischen Nationen und Völker drängende und unverzichtbare Aufgabe.

Indessen steht sie neben anderen. Weder die eine noch jede andere kann durch gelegentliche Bemerkungen gefördert werden. Jede bedarf sorgsamer Erwägung, zuverlässiger Kenntnisse der Details, der Zusammenhänge von Tatsachen, der Hintergründe und der wirkenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte in anderen Ländern und in der enger zueinandergedruckten Welt sogar vieler anderer Länder oft sehr unterschiedlicher Systeme. Und wiederum genügen Tatsachenkenntnisse nicht. Ein kräftiger Schuß eines nüchternen Sinnes für imponderabile Kräfte gehört dazu, um aus den Mosaiksteinchen der Einzelheiten das gültige Bild der Wirklichkeiten formen und ausdeuten zu können. Politik ist nicht Handwerk, am wenigsten ist es die Aussenpolitik, die das Fremde und das Eigene konfrontiert. Politischer Sinn kann man so wenig lernen wie Gemeinsinn.

Also genügen die Berichte der Missionen nicht, die sorgsam ausgearbeitet sein mögen und dennoch subjektiv und objektiv begrenzt bleiben, und es genügt nicht die Amtlichkeit ihrer Behandlung, wenn der Planungsstab, den der Bundesminister für Auswärtiges einzurichten im Begriff ist, wirklich vorausdenken, analysieren und konstruieren soll. Würde er es dabei belassen, die offizielle Information zur Grundlage politischer Überlegungen zu machen, dann käme doch wieder nur eine Wachbetrachtung sich vollziehender Entwicklungen heraus und wesentliche Bestandteile der wirkenden politischen Kräfte blieben ohne Beachtung. Die Planung soll die Analyse und ihre Ergebnisse benutzen, muß Tatsachen zu Bausteinen neuer Konzeptionen werden lassen. Dazu gehört mehr als die Sorgfalt der Administration.

Der Bundeskanzler wäre schlecht beraten, wenn er nur einem Stab - ganz gewiss kenntnisreicher - Beamter die wichtige Aufgabe der poli-

tischen Planung zuweisen wollte und darauf verzichten würde, den erfahrenen Vertreter großer Haushälter, den zur Beobachtung, zur Analyse, Information und Kontaktpflege berufenen Journalisten, den stillen wissenschaftlichen Forscher und Kenner der Geschichte und der Wirklichkeit und ihrer Unter- und Hintergründe zur Mitarbeit in einem Planungsgremium heranzuziehen. Dort können niemals genug Kenntnisse, Erfahrungen und Informationen, Beziehungen und Kontakte zur Verfügung stehen.

Politik wird nicht mehr in den Kabinetten gemacht, nicht mehr ohne engen Bezug zur öffentlichen Meinung. Sie kann deshalb auch auf gesellschaftlichen Veranstaltungen, in den Salons oder im Konferenzraum nur unvollkommen zur Kenntnis genommen werden. Das wird in unserem Lande noch zu oft als unangenehm empfunden, und diese Tatsache wird zu wenig beachtet. Seitdem aber die Technik die Verbreitung von Meinungen so entscheidend erleichtert hat, ist das demokratische Prinzip weit mehr als früher in der allgemeinen Diskussion wirksam.

Dem kann sich gerade auch die Aussenpolitik der Bundesrepublik nicht verschliessen, wenn sie den Zusammenhang zu ihren natürlichen Freunden wahren will. Aus der Meinungsäusserung und Haltung der Öffentlichkeit strömen unmittelbar wirksame Kräfte in die Verantwortung der Regierungen hinein, unaufhaltsam und sich ständig eindeutig legitimierend. Es wäre ein Verhängnis, würde ein planender Stab sich heute noch in die Amtlichkeit offizieller Aussagen zurückziehen wollen. Formeln der Kommuniqués haben das Volk zu oft und zu gefährlich zu Illusionen verführt.

Die Planung bedarf der nüchternen Klarheit über das Gemeinte; ihr kann das Gesagte nicht ausreichen. Das Amt liebt die diplomatische Berichterstattung und scheut die Information von "draussen"; es flieht gern in die Formel. Formeln aber führen zur Vergrößerung; die Politik leidet unter den Grobheiten und bedarf der Feinheit. Das gilt umso mehr, wenn sie vorausdenken soll, in Neuland vorstossen will und muß, neue Entwicklungen frühzeitig erkennen, erforschen und eigenen Wünschen nützlich machen will. Die politische Entscheidung bleibt wie bisher bei den Verantwortlichen in Regierung und Bundestag.

Neue Kommandostruktur im NATO-Nordabschnitt

Seit dem 1. Januar 1963 ist eine neue Form der Kommandostruktur im NATO-Nordabschnitt wirksam geworden, die übersichtliche Zuständigkeiten und eine effektivere Verteidigungsfähigkeit bedeutet. Zum gleichen Zeitpunkt sind eine Reihe deutscher Marinebefehlshaber abgelöst worden.

Zum NATO-Nordabschnitt gehören nunmehr endgültig Schleswig-Holstein und Hamburg bis zur Elbe neben Dänemark und Norwegen bis zum Nordkap. Befehlshaber dieses Abschnitts ist der englische General Sir Harold Pyman. Ihm unterstehen jetzt direkt in Oslo/Kolsaas alle vier Hauptquartiere, die bisher im ganzen Nordabschnitt verstreut und zum Teil mit sich überschneidenden Zuständigkeiten lagen.

Pyman verfügt nunmehr über ihm direkt unterstellte Heeres-, Marine- und Luftwaffenverbände. Die Ausbildung von nationalen Einheiten soll beschleunigt werden, damit Pyman weitere Einheiten in die Hand bekommt. Die vier selbständigen Befehlshaber im NATO-Abschnitt Nord sind jetzt Pyman als dessen Vertreter direkt unterstellt und nach Kolsaas beordert worden.

Schon im nächsten Jahr soll auch der Stab von Pyman selbst so zentralisiert werden, dass zwölf Prozent seiner Stabsoffiziere zum Truppendienst freigesetzt werden können. Daneben werden aber zu den zwei vorhandenen acht weitere deutsche Offiziere zum Stabsdienst bei Pyman herangezogen. Man erwartet in Kolsaas, dass die Bundesrepublik in schnellem Umfange Heeres-, Luft- und Seestreitkräfte dem NATO-Nordabschnitt unterstellt, wobei die Heeresstreitkräfte vorerst noch in Schleswig-Holstein stationiert bleiben sollen.

Im Zuge der Befehlsstraffung des NATO-Nordabschnitts ist der NATO-Befehlshaber für die Ostseezugänge Vizeadmiral Wagner nach Erreichen der Altersgrenze ausgeschieden. Er hat dabei gefordert, dass die Überwasserschiffe mit Luftabwehrraketen ausgerüstet werden sollen, was darauf schließen lässt, dass die neuen Großzerstörer der Bundesmarine Lenkwaffenträger sein sollen. Zum Nachfolger von Wagner und nunmehr mit dem Sitz in Kolsaas wurde Flottenadmiral Edward Wegener aus dem Führungsstab der Marine in Bonn berufen. Er begann seine Karriere in der Reichsmarine und war von 1957 bis 1960 Marineattaché in Washington.

Zum gleichen Zeitpunkt ist der Kommandeur des Marineabschnittskommandos Ostsee Walter Reck zum Flottenadmiral befördert worden. Reck begann seine militärische Laufbahn gleichfalls in der Reichsmarine der Weimarer Zeit und wurde von Bonn nach Kiel versetzt. Er löste den Flottenadmiral Wolfgang Köhler ab. Zum 31. Dezember letzten Jahres ging auch der Befehlshaber der deutschen NATO-Seestreitkräfte in der Nordsee, Flottenadmiral von Wargenheim, in den Ruhestand. Nunmehr sind im NATO-Nordabschnitt nur noch Admirale vertreten, die ihre Karriere in der Weimarer Zeit begannen.

Atempause in Bayern

RW - München

Etwas melancholisch bedauerte der bayerische Korrespondent einer Hamburger Wochenzeitung kürzlich die Fernen Epochen bayerischer Politik, in denen die bodenständigen Lederhosen, als Parteiabzeichen der damals nicht bedeutungslosen Bayernpartei im Landtagsrestaurant des Maximilianaum ebenso heimisch waren wie heute immer noch der Trachtenanzug mit grünen Biesen. Der Trachtenanzug allerdings ist überparteilich und gehört bei gewissen Gelegenheiten, etwa beim Würzenbieranstich oder gar bei der Eröffnung des Oktoberfests, zum Zeremoniell.

Noch existiert die Bayernpartei, ungeachtet aller Bankskandalstürme. Aber ihre Vertreter kommen nicht mehr in Gebirglertracht in den Landtag und reden zumeist sogar hochdeutsch. Sie sind zu einer kleinen Kümfllein zusammengeschmolzen, das sich verwundert zeigte, als die CSU beschloss, sie mit einem ganzen parlamentarischen Staatssekretärposten in die sogenannte Koalition einzubeziehen.

Die absolute Mehrheit der CSU im bayerischen Landtag, die dem Auszählverfahren und nicht etwa einer Mehrheit an Stimmen zuzuschreiben ist, scheint doch ein wenig knapp. Es gehört zur Landtagstradition, dass oft mehr CSU- als etwa SPD-Abgeordnete fehlen. Da ist es denn ganz gut, wenn die acht wackeren Bayernparteilerner mitgezählt werden können, eine kleine aber zweckmäßige Sicherung gegen unliebsame Zwischenfälle, kein politisches Bündnis. Denn von Politik wurde bei den diesbezüglichen Verhandlungen offenbar nicht gesprochen.

Das war auch nicht nötig. Nach einem Wahlkampf, der durch Inserate der CSU eine besondere Note erhalten hatte, wird nunmehr eine wohl absichtlich wohltemperierte Stimmung im Landtag gepflegt. Zuvor hiess es, Gemeinschaftshäuser für die Dörfer, die bekanntlich in Hessen eine erfolgreiche gesellschaftspolitische Initiative darstellten, das rieche nach Kolchosen. Sogar eine Polemik mit diplomatischen Folgen gegen die italienische Regierung der linken Mitte wurde versucht, um indirekt der SPD vorzuwerfen, sie trage dazu bei, dass in Italien das Prestige Deutschlands abgewertet würde. Noch unmittelbar nach der Landtagswahl hat die Landesleitung der CSU diese Begründung ihrer eigenartigen Wahlinserate wiederholt. Man könnte fast meinen, dass der verfllossene Verteidigungsminister Strauss irgendwo und irgendwann eine Meinungsverschiedenheit mit seinem italienischen Kollegen hatte, die auf diese Weise abregiert werden sollte.

Die bayerischen Wähler wussten mit diesen weit hergeholtten Parolen wenig anzufangen. Das wissen die CSU-Landespolitiker offenbar auch. Sie sind höflich und betonen die Bedeutung der Opposition in parlamentarischen Leben. Die Regierungserklärung war betont sachlich, mit einem leisen föderalistischen Vorbehalt gegenüber den finanziellen Anforderungen des Bundes bei den Ländern. Der Haushalt wird daher vorsichtshalber ein Defizit haben und die Gemeinden sollen nun wirklich nach dem sogenannten Eberhard-Plan reguläre eigene Einnahmen bekommen, die zwar ihre immer noch bedenklich anwachsende Verschuldung nicht aufhalten werden, aber doch für besorgte Stadtväter trostreich sein können. Kurzum, man ist bemüht, einen soliden Eindruck zu erwecken und lässt daher auch den abgetretenen Verteidigungsminister bei allen Erörterungen landespolitischer Art völlig aus dem Spiel.

Chruschtschow auf dem SED-Parteitag

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Der bevorstehende 6. SED-Parteitag dürfte - wenn nicht alle Anzeichen täuschen - weit über die sowjetzonalen Angelegenheiten hinaus zu einer entscheidenden Phase in der Auseinandersetzung zwischen Chruschtschow und der von Peking vertretenen politischen Linie führen. Eine Woche vor Beginn des SED-Parteitages, der für den 15. Januar angesetzt ist, hat die "Prawda" am 7. Januar in einem Artikel erstmalig ganz offen Front gegen die von Peking vertretene Antikoeexistenz-Politik Moskaus bezogen. Dabei wurde nicht nur der Prügelknabe Albanien, sondern Mao direkt attackiert.

Es gibt keine Zeitung in Ostberlin, die nicht diesen scharfen "Prawda"-Artikel in großer Aufmachung veröffentlichte. Das Zentralorgan der SED, "Neues Deutschland", gibt den Artikel im Wortlaut wieder, enthält sich allerdings jeder kommentierenden Zwischenzeile. Die übrigen Ostberliner Zeitungen unterstützen ganz offen die in dem "Prawda"-Artikel vertretene Anschuldigung, die "Dogmatiker und Sektierer" in Peking unterminierten die "Einheit der kommunistischen Weltbewegung" und damit Chruschtschows Politik gegenüber dem "imperialistischen Westen".

Die Tatsache, daß Chruschtschow als Führer der sowjetischen Delegation am SED-Parteitag teilnehmen und daß auch Peking eine repräsentative Delegation nach Ostberlin entsenden wird, deren Zusammensetzung zur Zeit allerdings noch nicht bekannt ist, läßt es als zwingend erscheinen, daß der SED-Parteitag zu einer neuen, vielleicht der schärfsten Auseinandersetzung zwischen den von Moskau und von Peking vertretenen Ansichten führen wird. In Ostberlin würde durch die Teilnahme Chruschtschows der Eklat zwischen Peking und Moskau viel drastischer ausfallen, als es etwa in Prag oder Rom der Fall war.

Aus Ostberlin liegen Informationen vor, nach denen Chruschtschow wahrscheinlich nicht schon von Beginn des SED-Parteitages an, sondern erst in der Endphase dieser Konferenz in Ostberlin sein wird. Der Parteitag der SED sei, so heißt es, auf Wunsch Chruschtschows um einige Tage verlängert worden. Ursprünglich sollte er vom 15. bis 19. Januar dauern. Jetzt ist das Programm insofern geändert worden, als zwei zusätzliche Tage hinzukommen, an denen die Konferenz hinter streng verschlossenen Türen - wahrscheinlich auch im engeren Kreise - beraten wird.

Die Erklärung für eine solche Umdisposition des SED-Parteitages liegt nahe: Chruschtschow möchte wahrscheinlich trotz des aggressiven Artikels der "Prawda" gegen die Politik Pekings eine länger andauernde Auseinandersetzung mit den Vertretern Chinas in Ostberlin vermeiden. Oder hält es der Moskauer KP-Chef vielleicht für notwendig, seine Politik gegenüber dem Westen - nicht zuletzt in der Berlin-Frage - den enttäuschten Ostberliner SED-Funktionären klarzumachen?

Gorbachs saurer Wahlsieg

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Der designierte österreichische Bundeskanzler, Dr. Alfons Gorbach, steht vor einem Dilemma: seine Partei, die ÖVP, hat bei den Parlamentswahlen vom 18. November 1962 einen Sieg errungen, über dessen Bedeutung man freilich verschiedener Meinung sein kann. Die ÖVP hat zehn Mandate gewonnen, die SPÖ gleichviel verloren. Nun ist es Dr. Gorbachs Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden. Das aber wird ihm von seinen eigenen Leuten so sehr erschwert, daß es für ihn ein saurer Wahlsieg geworden ist.

Es handelt sich darum, daß Dr. Gorbach an der Aufgabe der Regierungsbildung, wie immer er sie löst, nur allzu leicht scheitern kann. Verlangt er von dem sozialistischen Koalitionspartner zuviel an Zugeständnissen, dann bringt er mit diesen keine Regierung zustande, bleibt er maßvoll in seinen Ansprüchen, so stimmen zwar voraussichtlich die Sozialisten zu, aber die eigenen wohlmeinenden Parteifreunde werden behaupten, er hätte den Wahlsieg vertan und die Nervenprobe der Regierungsverhandlungen nicht bestanden. Also: Scheitern die Verhandlungen, dann muß Dr. Gorbach gehen, gelingen sie, dann muß er auch gehen. So sieht, überspitzt ausgedrückt, die gegenwärtige Situation für Dr. Gorbach aus.

Im Herbst vollendet Bundeskanzler Dr. Gorbach sein 65. Lebensjahr. Da in Österreich, zum Unterschied von der Bundesrepublik, Bundeskanzler gewissermaßen noch in der Blüte ihrer Jugendkraft in den wohlversicherten Ruhestand treten, wird so oder so Dr. Gorbach auf dem Kanzlerstuhl, wie man hier sagt, "nicht alt werden". Und an ehrgeizigen Nachfolgern dürfte es wahrlich nicht fehlen.

Eigenmächtigkeiten des Finanzministers

Einer von ihnen, der sich selbst für besonders qualifiziert hält, ist der ehemalige Salzburger Landeshauptmann und jetzige Finanzminister Dr. Josef Klaus. Er hat sich seit der Wahl einige Eigenmächtigkeiten herausgenommen, die die Verhandlungsposition seines Parteichefs bei der Regierungsbildung nur erschweren kann. Zuerst hat er seine Zustim-

zung zu einer Herabsetzung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags verweigert, so daß an das Parlament keine Regierungsvorlage gelangen konnte, sondern über einen gemeinsamen Initiativantrag der ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten - gegen die Auffassung von Dr. Klaus - abgestimmt werden mußte.

Kurz danach, knapp vor Weihnachten, leistete sich der Finanzminister ein noch stärkeres Stück: Ohne jegliche Rechtsgrundlage und ohne das Parlament zu fragen, ja sogar ohne die eigenen Abgeordneten zu informieren, verfügte er über das provisorische Budget völlig willkürlich eine Kürzung im Ausmaß von etwa 1,2 Milliarden Schilling. Die Unruhe unter der Bauernschaft sowie die Studentendemonstrationen wegen der Notlage an den Hochschulen hätten von solchen Maßnahmen eher abraten lassen müssen.

Nun verweisen die sozialistischen Unterhändler bei den seit dem 8. Januar wieder fortgeführten Regierungsverhandlungen mit Recht darauf daß der Finanzminister, indem er als "Überminister" agiert, die Gewichtsverteilung in der Regierung ohnedies zugunsten der ÖVP verschiebt, so daß sich weitere Verschiebungen erübrigen. Jedenfalls hat seine Haltung die Verhandlungen zusätzlich erschwert.

Ablösung Dr. Gorbachs ?

Aber auch ein anderer, weniger Prominenter meldet sich, es ist der ÖVP-Generalsekretär Dr. Hermann Withalm, Exponent der rechtsradikalen "Reformer". Die weihnachtliche Feststimmung konnte ihn nicht davon abhalten, genau das Gegenteil von dem zu sagen, was, ebenfalls offiziell, sein Parteiboss Dr. Gorbach geäußert hat. Dr. Gorbach meinte, bei der Regierungsverhandlungen solle man so rasch als möglich zu einer Einigung kommen. Dr. Withalm hingegen stellte fest, daß es ihm auf ein paar Wochen nicht ankomme.

Die solchermaßen und durch überspitzte Forderungen an den Koalitionspartner zutage tretende Verzögerungstaktik des rechten ÖVP-Flügels zielt nicht nur auf eine Ablösung Dr. Gorbachs, sondern läuft auf ein Scheitern der Großen Koalition, auf ein Experiment mit der FPÖ und in der Folge auf einen Präsidentschaftswahlkampf im Zeichen dieses Entweder-Oder hinaus.